

**Pressemitteilung**  
**30.01.2007**

## **Umweltgruppen enttäuscht über Stadtratsvotum gegen Klimaschutz**

Mainz, 30.1.2007 – Die Umweltgruppen BUND, KoMa, Greenpeace Mainz/Wiesbaden und Lokale Agenda 21, AK Verkehr, zeigten sich enttäuscht, dass der Mainzer Stadtrat den Einwohnerantrag für sauberen Strom abgelehnt hat. Rund 5200 Mainzer hatten vom Stadtrat ein klares Bekenntnis für Klimaschutz und gegen das geplante Kohlekraftwerk gefordert. „Der Stadtrat hat sich heute für schmutzigen Strom und gegen Klimaschutz entschieden“, kommentierte Susanne Ochse von der Greenpeace-Gruppe Mainz/Wiesbaden das Abstimmungsergebnis. „Die Mehrheit der Abgeordneten sieht den Klimawandel offensichtlich nicht als ernsthafte Bedrohung für die Menschheit. Das Ziel, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> pro Bürger bis 2030 zu halbieren, ist kein Maßstab für die kommunale Energiepolitik.“ Das geplante Kohlekraftwerk soll jährlich mehr als 3,6 Mio. Tonnen des Treibhausgases CO<sub>2</sub> ausstoßen. Zum Vergleich: im Jahr 1997 betrug der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der gesamten Stadt Mainz im Sektor Energie 2,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>.

Die von der Stadtratsmehrheit beschlossenen Maßnahmen im Bereich Energieeinsparung und erneuerbare Energien bezeichnete Ochse als „Öko-Garnierung für eine CO<sub>2</sub>-Schleuder“. Mit diesen Maßnahmen könne der zusätzliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht einmal ansatzweise kompensiert werden. Die Umweltgruppen und ihre Unterstützer hatten in ihrem Antrag als Alternative zum Kohleblock eine Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien im Kombination mit gasgefeuerten Blockheizkraftwerken und Energieeinsparung gefordert, um dem Klimawandel entgegen zu wirken.

„Wir werden weiter gegen das Kraftwerk arbeiten,“ bekräftigte Christof Schulz von der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa). „Bisher ist das Kraftwerk weder genehmigt noch gebaut. Da kann noch viel passieren.“ Schulz hofft besonders auf die EU als Verbündeten. Umweltkommissar Stavros Dimas hatte vor Weihnachten angekündigt, die indirekte Subventionierung von Steinkohlekraftwerken durch kostenlos zugeteilte CO<sub>2</sub>-Zertifikate nicht zuzulassen. Schulz: „Wenn die EU sich durchsetzt, könnte den Traum der KMW von der billigen Kohle schnell zum Alptraum werden.“

Interessante Entwicklungen gibt es aus Sicht der Umweltgruppen auch in der Nachbarstadt Wiesbaden. „In Wiesbaden hat sich nicht nur die Opposition gegen das Kohlekraftwerk ausgesprochen“, erläutert Michael Ullrich vom BUND Rheinland-Pfalz, „auch die regierende Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen sieht den Kohlemeiler kritisch.“ Umweltdezernentin Rita Thies (Grüne) hatte kürzlich vom Mainzer Oberbürgermeister ein Moratorium für die Kraftwerksplanung gefordert, um Alternativen besser prüfen zu können. Auch der Wiesbadener Stadtrat will sich in Kürze mit dem Thema Kohlekraftwerk befassen. Die Wiesbadener Stadtwerke ESWE sind mit einem Drittel am Kraftwerksbetreiber KMW beteiligt.

**Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

**Christof Schulz, Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa), Tel. 0174-316 89 51**

**Michael Ullrich, BUND Landesverband Rheinland-Pfalz, Tel 06131-231973**

**Felix Lieb, Pressesprecher Greenpeace-Gruppe Mainz/Wiesbaden, Tel. 0177-5886651**